

Antrag	Antragsteller*in	Änderungswunsch	Verfahrensvorschlag	Modifizierter Text
WP-05-35	LAG Demokratie und Recht	<i>Einfügen in Zeile 35: "Wir wollen zudem prüfen, ob auch die Einführung der so genannte Ersatzstimme/Alternativstimme Möglichkeiten zur weiteren Demokratisierung unseres Wahlrechtes darstellt."</i>	Abstimmung	
WP-05-65	Jörg Eichenauer u.a.	<i>Änderung ab Zeile 65: Wir wollen diese Instrumente attraktiver gestalten, indem wir die Volksinitiative stärken, die Unterschriftenhürde für Volksbegehren senken, die Abstimmungshürde bei Volksentscheiden abschaffen und Volksabstimmungen über Fragen, die den Landeshaushalt betreffen ermöglichen. Auch auf kommunaler Ebene wollen wir die Bürgermacht stärken. Wir fordern, Bürgerbegehren zu Großprojekten zu ermöglichen, die Einreichungsfrist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse zu streichen, die Kostenfrage nicht mehr zum Bremsklotz für die direkte Demokratie zu machen und wie bei Wahlen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden zu lassen.</i>	mÜ	<i>Ab Zeile 64 einfügen: „Wir wollen diese Instrumente attraktiver gestalten. Wir wollen die Volksinitiative stärken, indem die bei einer Volksinitiative gesammelten Unterschriften direkt für ein Volksbegehren angerechnet werden. Bei Volksbegehren wollen wir die Unterschriftenhürde deutlich senken und die Abstimmungshürde bei Volksentscheiden absenken. Wir wollen direkte Demokratie auch zu haushaltswirksamen Fragen ermöglichen. Für Gesetze, die im Wege einer Volksabstimmung beschlossen wurden, wollen wir Schutzklauseln einführen. Auch auf kommunaler Ebene wollen wir die Bürgermacht stärken. Wir fordern, Bürgerbegehren zu Großprojekten zu ermöglichen und die Einreichungsfrist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse zu streichen. Wir haben die Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide spürbar gesenkt und wollen diesen Weg fortsetzen.“</i>

WP-05-66-2	LAG Demokratie und Recht	Einfügen nach Zeile 66: "Auch auf kommunaler Ebene wollen wir die Bürgermacht stärken. Wir fordern, Bürgerbegehren zu Großprojekten zu ermöglichen und die Einreichungsfrist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse zu streichen."	erledigt durch mÜ von WP-05-65	
WP-05-66-3	LAG Demokratie und Recht	Einfügen in Zeile 66 hinter "... senken," "... und Volksbegehren auch zu haushaltswirksamen Fragen ermöglichen."	erledigt durch mÜ von WP-05-65	
WP-05-66-4	LAG Demokratie und Recht	Einfügen nach Zeile 66: "Die Hürden für die Abwahl von Bürgermeister*innen und Landrät*innen sind zu hoch, Wir setzen uns für ein angemessenes Unterschriftenquorum zur Einleitung von Abwahlbegehren ein."	Abstimmung	
WP-05-105	Matthi Bolte u.a.	Vor "haben" einfügen: "und dem Open Government Pakt NRW"	mÜ	Ersetze Zeile 105-107 durch: "Mit der Verständigung auf ein Transparenzgesetz und dem Open Government Pakt NRW haben wir den ersten Schritt für einen Paradigmenwechsel weg von der Holschuld der Bürger*innen hin zu einer Bringschuld der Verwaltungen geschafft. Wir wollen diesem Anspruch sowohl auf der Landesebene, wie auch in den Kommunen, Geltung verschaffen."
WP-05-131	KV Mönchengladbach	ersetze durch "Beteiligungs-, Rede- und Antragsrecht"	mÜ	"Wir werden außerdem die Beteiligungsmöglichkeiten verbessern und ein Rede- und Antragsrecht..." danach weiter wie bisher.

WP-05-131-2	Katharina Dröge u.a.	<i>In Zeile 131 soll hinter ...stärken.“ ergänzt werden: “Um unseren Anspruch an die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt auf der einen Seite und einer verantwortungsvollen kommunalen Ratsarbeit auf der anderen Seite gerecht zu werden, braucht es eine stärkere Entlastung und Unterstützung der Ehrenamtlichen. Für kleinere Kommunen sollte dies durch eine Verstärkung der strukturellen Ausstattung der Fraktionen erfolgen, im Falle von Großstädten sprechen wir uns für eine Teilprofessionalisierung der ehrenamtlichen Tätigkeit aus, ähnlich wie es andere Bundesländer bereits erfolgreich praktizieren.“</i>	mÜ	Den ersten Teil des Änderungsantrag übernehmen, bis einschließlich "(...) und Unterstützung der Ehrenamtlichen." dann neu: "Diesen Weg wollen wir fortsetzen und gemessen an den auch mit der Gemeindegröße ansteigenden und oft weiter differenzierenden Anforderungen unterschiedliche Wege der Unterstützung prüfen und umsetzen. Dabei steht für kleinere Kommunen die verbesserte Ausstattung der Fraktionsgeschäftsstellen im Vordergrund, während in Großstädten eine Teilprofessionalisierung der bisher ehrenamtlichen Tätigkeit sinnvoll ist. Hierzu wollen wir umgehend konkrete Modelle entwickeln und umsetzen."
WP-05-138	LAG Demokratie und Recht	<i>Einfügen in Zeile 138: “Wir wollen außerdem prüfen, inwieweit den Mitgliedern der Integrationsräte eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden kann.“</i>	Übernahme	
WP-05-201	KV Heinsberg	<i>Einfügen nach „ ... rechtsstaatlich einhegen.“ „Wir GRÜNE setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass der heldenhafte Einsatz von Edward Snowden durch Asyl in Deutschland gewürdigt wird.“</i>	mÜ	einfügen in Zeile 199: "Edward Snowden hat damit den Menschenrechten weltweit und in Deutschland einen großen Dienst erwiesen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein ihn, aus humanitären Gründen und zur Wahrung politischer Interessen, in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen und ihm dauerhaft Schutz und Aufenthalt zu gewähren."
WP-05-252	Verena Schäffer u.a.	<i>Den Satz in Z. 255-256: “Dieser Entwicklung stellen wir uns mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegen.“ verschieben in Z. 252 hinter “...Sorge.“</i>	Übernahme	
WP-05-255	Lena Volmar und Antje Westhues	<i>Nehme auf in die Aufzählung: Antifeminismus und Klassismus</i>	modÜ	„wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Homophobie, Antiziganismus oder die Abwertung von Obdachlosen, Menschen mit Behinderung, Asylbewerber*innen und Langzeitarbeitslosen“

WP-05-255-2	Lena Volmar und Antje Westhues	Nehme auf in die Aufzählung: Antifeminismus und Klassismus	Erledigt durch modÜ WP-05-255	
WP-05-255-3	LAG Frauen	Ersetze das Wort "Sexismus" durch "Antifeminismus"	Erledigt durch modÜ WP-05-255	
WP-05-256	Lena Volmar und Antje Westhues	Füge an: und setzten dabei als präventives Mittel auf Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit insbesondere aber nicht ausschließlich bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen.	mÜ	Füge an "Mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegen." (s. WP-05-252) "Wir setzen dabei auch auf Aufklärungs- und Präventionsarbeit bei Jugendlichen und Erwachsenen."
WP-05-279	LAG Grüne Muslim*innen	Ab "Allerdings..." bis "übernehmen" streichen und ersetzen durch: "Dabei arbeitet Wegweiser vor Ort vernetzt mit allen relevanten Akteuren, u.a. auch mit den muslimischen Gemeinden."	erledigt durch Übernahme WP-05-279-2	
WP-05-279-2	Verena Schäffer u.a.	Streiche Z. 279-282: „Allerdings muss die Rolle der Dítib und anderer Moscheegemeinden neu definiert werden. Sie können maximal „Brückenbauer“ zu den Familien sein, nicht aber die Sozialarbeit im Hinblick auf die Aufklärungsarbeit übernehmen.“	Übernahme	

WP-05-283	Berivan Aymaz u.a.	<p><i>einfügen:</i> <i>“Wir wollen uns jedoch nicht nur aus der Sicherheitsperspektive mit Islamismus auseinandersetzen. Wir wollen uns zukünftig verstärkt mit der Ideologie desselben befassen.“</i></p> <p><i>Begründung:</i> <i>In Deutschland wird das Thema Islamismus vor allem als Sicherheitsthema wahrgenommen und diskutiert. Langfristig viel folgenschwerer sind die ideologischen Entwicklungen, die dem Aufstieg des terroristischen Islamismus zumindest teilweise zugrunde liegen.</i></p>	mÜ	<p><i>einfügen:</i> <i>“Im Gegensatz zur allgemeinen Debatte sehen wir Islamismus nicht nur als sicherheitspolitisches Problem. Wir wollen uns zukünftig verstärkt mit diesen Ideologien, wie neosalafistischer, befassen, um die Deradikalisierungs- und Präventionsarbeit weiter zu verbessern.“</i></p>
WP-05-298	Verena Schäffer u.a.	<p><i>Z. 298-299 ersetzen durch: “Ab Jahresbeginn 2017 fördert das Land kommunale Konzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus.“</i></p>	Übernahme	
WP-05-316	Matthi Bolte u.a.	<p><i>In Zeile 316 nach „geschaffen“ einfügen:</i> <i>„Dabei haben wir klare bürgerrechtliche Bedingungen festgeschrieben: Der Einsatz von Bodycams darf nur der Eigensicherung der Beamt*innen dienen, die Daten müssen verschlüsselt und manipulationssicher erhoben und verarbeitet werden und die Aufnahmen dürfen nur gemeinsam mit am Einsatz unbeteiligten Dritten ausgewertet werden. Zudem haben betroffene Bürger*innen die Möglichkeit, Einsicht in die Aufnahmen zu nehmen, um sich selbst ein Bild über den Polizeieinsatz zu machen.“</i></p>	mÜ	<p><i>In Zeile 316 nach „geschaffen“ einfügen:</i> <i>„Dabei haben wir klare bürgerrechtliche Bedingungen festgeschrieben: Der Einsatz von Bodycams darf nur der Eigensicherung der Beamt*innen dienen, die Daten dürfen nur verschlüsselt und manipulationssicher erhoben und verarbeitet werden und die Aufnahmen müssen gemeinsam mit am Einsatz unbeteiligten Dritten ausgewertet werden. Zudem haben betroffene Bürger*innen die Möglichkeit, Einsicht in die Aufnahmen zu nehmen, um sich selbst ein Bild über den Polizeieinsatz zu machen.“</i></p>

WP-05-318	GRÜNE JUGEND NRW	<p>Ersetze: „Am Ende[...]können“</p> <p>durch: „Sollten sich Einschränkungen im Rahmen der Nutzung von Bodycams feststellen lassen, werden wir auf eine sofortige Rücknahme der Bodycams hinwirken. Dabei ist insbesondere auch auf die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Bürger*innen und Polizeibeamt*innen zu achten.“</p>	mÜ	Z. 318-320 ersetzen durch „Bis Juni 2019 wird eine Evaluation sowohl aus sozial- als auch polizeiwissenschaftlicher Sicht erfolgen. Diese Evaluation muss zeigen, dass Polizeibeamt*innen durch den Einsatz von Bodycams wirksam vor Gewalt geschützt werden, die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden und das Vertrauen in die Polizei nicht leidet. Andernfalls entfällt für uns die Grundlage für die Fortführung des Einsatzes der Bodycams.“
WP-05-321	KV Dortmund	<p>Ergänzung im Absatz: Oft wird reflexhaft nach einer Ausweitung der polizeilichen Videobeobachtung gerufen. Für uns steht fest, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für polizeiliche Videobeobachtung nicht aufgeweicht werden dürfen.</p> <p>Vielmehr sind wir dafür konkrete, eng definierte Kriterien in der Polizeigesetz zu schreiben. Auch darf die polizeiliche Videobeobachtung nur als Ultima Ratio zur Anwendung kommen, also erst, wenn alle anderen gängigen Maßnahmen nachweislich nicht zum Erfolg geführt haben.</p>	modÜ	<p>Füge an nach „dürfen“: „...und diese Maßnahmen nur zur Anwendung kommen darf, wenn andere Maßnahmen nicht zum Erfolg führen“.</p> <p>Fettgedrucktes wird nicht übernommen.</p>
WP-05-323	KV Dortmund	<p>Einschub: Wir setzen uns dafür ein, dass die Politik bei der Videobeobachtung mit ins Boot geholt wird. Deshalb soll das Polizeigesetz dahingehend geändert werden, dass Videobeobachtung nur nach Anhörung des zuständigen Ausschusses auf kommunaler Ebene eingeführt werden darf.</p>	mÜ	Einschub: „Die Videobeobachtung muss immer in ein Sicherheitskonzept eingebunden und mit den örtlichen Akteur*innen abgestimmt werden.“

WP-05-330	GRÜNE JUGEND NRW	<i>Füge nach „aus.“ ein: „Ebenso lehnen wir die Verwendung von Gesichtserkennungssoftware und damit die Vernetzung der Videoüberwachung ab. Wir GRÜNE wollen weniger Videoüberwachung und keine vernetzten Überwachungssysteme.“</i>	mÜ	<i>"Dies gilt auch für Gesichtserkennungssoftware, deren Einsatz den Grundrechtseingriff der einfachen Videoüberwachung enorm vertiefen würde. Denn die Annahme, dass teure technische Systeme automatisch zu mehr Sicherheit führen, ist trügerisch."</i>
WP-05-336	LAG Säkulare Grüne	<i>ersetze „[...]Frauenhilfeinfrastruktur und Jugendeinrichtungen, Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Vereinen zusammen“ durch „Frauenhilfeinfrastruktur und Jugendeinrichtungen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie zum Beispiel Religionsgemeinschaften, zusammen.“</i>	mÜ	<i>"Frauenhilfeinfrastruktur und Jugendeinrichtungen, Religionsgemeinschaften und andere zivilgesellschaftliche Institutionen zusammen"</i>

WP-05-347	Landesvorstand u.a.	<p><i>Einfügen (neuer Absatz): Die Versammlungsfreiheit hat als Grundrecht einen hohen Stellenwert in unserer Demokratie. Seit der Föderalismusreform I im Jahr 2006 haben die Bundesländer die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht. Dennoch haben bisher nur wenige Länder davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die umfangreiche Rechtsprechung der letzten Jahre zum Versammlungsrecht auswerten und auf dieser Grundlage prüfen, ob eine Umsetzung der Rechtsprechung in ein landeseigenes Versammlungsgesetz angemessen und hilfreich ist, mehr Verbindlichkeit und Rechtssicherheit bei der Durchführung von Versammlungen zu erreichen. Dabei ist es unser Ziel, der freien Ausübung der Meinungsäußerung im öffentlichen Raum größtmögliche Priorität zu gewähren. An der sog. nordrhein-westfälischen Linie für den bürgernahen Einsatz der Polizei, die sich durch Kommunikation und Deeskalation einerseits sowie konsequentes Einschreiten bei Straftaten andererseits auszeichnet, halten wir weiterhin fest.</i></p>	Mod. Übernahme	<p>Die Versammlungsfreiheit hat als Grundrecht einen hohen Stellenwert in unserer Demokratie. Seit der Föderalismusreform I im Jahr 2006 haben die Bundesländer die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht. Dennoch haben bisher nur wenige Länder davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die umfangreiche Rechtsprechung der letzten Jahre zum Versammlungsrecht, insbesondere zum Vermummungsverbot und zu Sitzblockaden, und die bestehenden Landesversammlungsgesetz, auswerten und auf dieser Grundlage prüfen, ob eine Umsetzung der Rechtsprechung in ein landeseigenes Versammlungsgesetz angemessen und hilfreich ist, mehr Verbindlichkeit und Rechtssicherheit bei der Durchführung von Versammlungen zu erreichen. Dabei ist es unser Ziel, der freien Ausübung der Meinungsäußerung im öffentlichen Raum größtmögliche Priorität zu gewähren. An der sog. nordrhein-westfälischen Linie für den bürgernahen Einsatz der Polizei, die sich durch Kommunikation und Deeskalation einerseits sowie konsequentes Einschreiten bei Straftaten andererseits auszeichnet, halten wir weiterhin fest.</p>
WP-05-347-2	GRÜNE JUGEND NRW	<p><i>Füge neuen Satz ein: „Sowohl aus Tierschutzgründen, als auch um die Sicherheit der Demonstrationsteilnehmer*innen und Beamt*innen zu stärken, wollen wir zukünftig auf einen Einsatz von Hunden und Pferden als polizeiliches Einsatzmittel bei Demonstrationen verzichten.“</i></p>	mÜ	<p>Einfügen (neuer Absatz) „Hunde und Pferde als polizeiliches Einsatzmittel sollten insbesondere unter dem Aspekt des Tierschutzes und unter weitgehendem Ausschluss einer Gefährdung von Teilnehmer*innen an Großveranstaltungen nur in engem Rahmen eingesetzt werden.“</p>
WP-05-347-3	GRÜNE JUGEND NRW	<p><i>Füge neuen Satz ein: „Bei einem Großteil der im Rahmen von Demonstrationen festgestellten Straftaten handelt es sich bisher um Verstöße gegen das Vermummungsverbot und Sitzblockaden. Eine rechtliche Neubewertung der Strafbarkeit sehen wir hier als mögliche Ansatzpunkte um die Justiz zu entlasten.“</i></p>	Keine Übernahme	<p>erledigt durch Antrag Lavo WP05 347</p>

WP-05-348	Hans-Christian Markert u.a.	<p>Statt der bisherigen Formulierung in den Zeilen 348 bis 361.: „Die Polizei Nordrhein-Westfalens...an Zuständigkeitsgrenzen halt.“</p> <p>wird folgende neue Formulierung eingefügt:</p> <p>„In einem großen und vielfältigen Flächenland wie Nordrhein-Westfalen führen die unterschiedlichen polizeipraktischen Herausforderungen in den 47 Kreispolizeibehörden zu unterschiedlichen Behördengrößen, Zuständigkeiten, Standards und Organisationsabläufen. Bei zukünftigen Betrachtungen und möglichen Weiterentwicklungen der Verwaltungsstruktur der Polizei bleiben für uns Bürgernähe und Dezentralität die wesentlichen Leitgedanken.</p> <p>Gleichwohl müssen der organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität, die an Zuständigkeitsgrenzen nicht Halt machen, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Technische Kooperation und die Zusammenarbeit der bestehenden Kreispolizeibehörden untereinander sollten hier landesweit unterstützt und vorangetrieben werden.“</p>	Abstimmung	
WP-05-372	Landesvorstand u.a.	<i>Zeile 372-385 streichen</i>	Übernahme	
WP-05-394	Verena Schäffer u.a.	<i>Einfügen in Z. 394: "Präventionsarbeit gehört nicht zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes."</i>	Übernahme	

WP-05-403	GRÜNE JUGEND NRW	Zeile 403-407 Ersetze „ Den [...] festzuhalten.“ Durch: „und seine Transparenz erhöhen. Das bisherige System der V-Leute lehnen wir ab und wollen Maßnahmen zur Beobachtung verfassungsfeindlicher Szenen entwickeln, die diese Szenen nicht finanziell unterstützen.“	Abstimmung s. WP-05-407	
WP-05-407	Lena Volmar und Antje Westhues	Füge an: Schließlich muss eine umfassende Auflistung und Evaluation von deren Tätigkeiten möglich werden, um so deren verfassungskonforme Betätigung feststellen zu können.	mÜ	Zusätzlich wollen wir ein*e ständige*n Sachverständige*n beim Parlamentarischen Kontrollgremium einrichten, um das Gremium bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes, insbesondere bezüglich des Einsatzes von V-Leuten, zu unterstützen.
WP-05-407-2	LAG Demokratie und Recht	Einfügen in Zeile 407: "Darüber hinaus wollen wir eine Dokumentationsstelle für den Verfassungsschutz gründen, die anhand offen zugänglicher Quellen und wissenschaftlicher Forschung demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen analysiert und entwickelt, während der Verfassungsschutz sich auf die Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen konzentrieren soll. Diese Analysen sollen in die Arbeit der Sicherheitsbehörden mit einfließen."	mÜ	"Darüber hinaus wollen wir eine Dokumentationsstelle für den Verfassungsschutz gründen, die die Strukturen und Zusammenhänge von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen anhand offen zugänglicher Quellen und mit wissenschaftlichen Methoden analysiert, während der Verfassungsschutz erst dann ansetzt, wenn eine offene Aufklärung nicht möglich ist."
WP-05-419	LAG Demokratie und Recht	Einfügen in Zeile 419 nach "...setzen." "Wir brauchen ausreichende Kapazitäten der Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Hate-Speech."	mÜ	Einfügen in Zeile 717 nach "...ausstattet." "So brauchen wir z.B. ausreichende Kapazitäten bei den Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung von strafbarem Hate-Speech."

WP-05-425	KV Heinsberg	<i>Einfügen nach „... Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus vor Ort unterstützt werden.“ „Wir GRÜNE verkennen nicht den „Extremismus der Mitte“ und wollen diese „(wut-)bürgerlich“ daher kommende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit allen gesellschaftlichen Partner*innen wirkungsvoll bekämpfen.“</i>	mÜ Konsens mit Antragsteller*innen	Einfügen nach „... Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus vor Ort unterstützt werden.“ „Wir GRÜNE nehmen auch den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft in den Blick und wollen der vermeintlich bürgerlich daher kommenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gemeinsam mit gesellschaftlichen Partner*innen wirkungsvoll entgegenreten.“
WP-05-426	LAG Demokratie und Recht	<i>Zeilen 426 – 427 ersetzen durch: „Die vielen im Sport engagierten Menschen stellen ein Spiegelbild der Gesellschaft dar. Deshalb kommt es wie in allen anderen Gesellschaftsbereichen leider auch hier zu rassistischen und rechtsextremen Vorfällen.“</i>	Übernahme	
WP-05-451	Marcus Lamprecht u.a.	<i>Füge in Zeile 451 ein: Ein besonderer Verdienst kommt auch den überall in NRW entstehenden Gruppen gegen Antisemitismus und der von der Amadeu-Antonio-Stiftung getragenen „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ zu. Diese reagieren auch auf ein Defizit an Antisemitismusforschung an den Hochschulen.</i>	mÜ	Füge in Zeile 451 ein: Ein besonderer Verdienst kommt auch den überall in NRW entstehenden Gruppen gegen Antisemitismus und der von der Amadeu-Antonio-Stiftung getragenen „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ zu. Dadurch wird auch notwendige Antisemitismusforschung unterstützt."
WP-05-452	Monika Düker u.a.	<i>Streichen der Zeilen 452 bis 455 von \“wir wollen...“ bis \“.....abzuschließen\“</i>	Übernahme	wegen Doppelung im Integrationsteil.

WP-05-456	KV Heinsberg	<p>Ersetze „Wir wollen uns künftig auch kritisch mit zunehmendem gruppenbezogenen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus in Nachfolgegenerationen der migrantischen Community auseinandersetzen und hier entsprechende Handlungskonzepte entwickeln.“ durch</p> <p>„Wir wollen uns auch künftig kritisch mit zunehmendem gruppenbezogenen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus, Trans- und Homophobie in der migrantischen Community auseinandersetzen und hier entsprechende Handlungskonzepte entwickeln.“</p>	mÜ	„Wir wollen uns auch künftig kritisch mit zunehmendem Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus, Trans- und Homophobie in der migrantischen Community auseinandersetzen und hier entsprechende Handlungskonzepte entwickeln.“
WP-05-462	Verena Schäffer u.a.	Streiche “z.B. im Technischen Hilfswerk“	Übernahme	
WP-05-470	KV Heinsberg	<p>Einfügen nach „ ... und Handlungsvorschläge erarbeitet, um das Ehrenamt nachhaltig zu stärken.“</p> <p>„Wir wollen landesweit die „Feuerwehr-Rente“ für alle ehrenamtlichen Feuerwehren verpflichtend machen, wobei das Land sich hierbei erheblich finanziell beteiligen muss. Eine analoge Regelung soll für das Ehrenamt im Katastrophenschutz gelten.“</p>	mÜ	„Wir verfolgen das Ziel, eine „Feuerwehr-Rente“ und analog auch eine Regelung für das Ehrenamt im Katastrophenschutz einzuführen.“
WP-05-504	LAG Demokratie und Recht	<p>Einfügen nach Zeile 504:</p> <p>“Auch wollen wir die Beamtenhilfe auf die gesetzliche Krankenkassen ausweiten, um Landesbeamt*innen die Möglichkeit zu geben Teil des Solidarsystems zu werden und um bestehende Ungleichheiten in diesem Bereich abzuschaffen.“</p>	mÜ	<p>Einfügen nach Zeile 504 (neuer Absatz):</p> <p>“Auch wollen wir prüfen, ob die Beihilfe als Arbeitgeberanteil auf die gesetzliche Krankenkassen ausweitete werden kann, um Landesbeamt*innen die Möglichkeit zu geben freiwillig Teil des Solidarsystems zu werden und um bestehende Ungleichheiten in diesem Bereich abzumildern.“</p>
WP-05-520	LAG Demokratie und Recht	<p>Einfügen nach Zeile 520:</p> <p>“Bislang ruht das Beamtenverhältnis bei Kommunalbeamt*innen und Landesbeamt*innen bei einer Ernennung auf ein Wahlbeamtenverhältnis nicht. Vielmehr</p>	mÜ	<p>Einfügen nach Zeile 520:</p> <p>“Bislang ruht das Beamtenverhältnis bei Kommunalbeamt*innen und Landesbeamt*innen bei einer Ernennung auf ein Wahlbeamtenverhältnis</p>

		<i>endet die Verbeamtung auf Lebenszeit mit der Ernennung. Wir sind dafür, dass Kommunal- und Landesbeamt*innen bei ihrer Wahl zu Wahlbeamt*innen nach ihrer Amtszeit in ihr vorheriges Amt zurück können, wie in anderen Bundesländern und im Bundesrecht bereits geregelt.“</i>		<i>nicht. Vielmehr endet die Verbeamtung auf Lebenszeit mit der Ernennung. Wir sind dafür, dass Kommunal- und Landesbeamt*innen bei ihrer Wahl zu Wahlbeamt*innen nach ihrer Amtszeit in ihr vorheriges Amt zurückkehren können, wie es in anderen Bundesländern und im Bundesrecht bereits geregelt ist.“</i>
WP-03-891	Robert Schallehn u.a.	nach 891 <i>Wir wollen zudem die schlechtere Bezahlung von Referendarinnen und Referendaren beenden, die keine private Krankenversicherung bekommen können. Zudem sollen auch Referendare, die beim zweiten Staatsexamen durchgefallen sind und 6 Monate verlängern müssen, ohne Abzüge weiter bezahlt werden.</i>	mÜ nach Z. 504 nach mÜ WP-05-504	<i>Wir wollen zudem die Beamtenanwärter*innen unterstützen, die keine private Krankenversicherung bekommen. Härten bei den Beamtenanwärter*innen, die Ausbildungszeiten verlängern müssen, sollen geprüft werden mit dem Ziel, sie in der Regel ohne Abzüge weiterzubezahlen.</i>
WP-05-551	Lena Volmar und Antje Westhues	<i>nehme auf in die Aufzählung der Fluchtgründe: wirtschaftliche Perspektivlosigkeit</i>	mÜ Konsens mit Antragsteller*innen	„Angesichts von Kriegen, Klimawandel und Armut ist die Beseitigung der Fluchtursachen eine riesige Herausforderung.....“
WP-05-590	LAG Säkulare Grüne	<i>ersetze “Wir fördern Mehrsprachigkeit, haben den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht eingerichtet und es ermöglicht, Islamische Religionslehre als Teil der Lehramtsausbildung zu studieren.“ durch „Wir fördern Mehrsprachigkeit“</i>	mÜ Konsens	Ersetze durch: „Wir fördern Mehrsprachigkeit und bieten denen, die das wünschen, Religionsunterricht an.“
WP-05-606	LAG Demokratie und Recht	<i>Einfügen nach Zeile 606: “In Flüchtlingsunterkünften, die von privaten Firmen betrieben werden, ist es immer wieder zu gewalttätigen Vorfällen gegenüber Besucher*innen gekommen. Deshalb sollen die Unterkünfte von den Kommunen oder anerkannten freien Trägern betrieben werden.“</i>	mÜ Konsens mit Antragsteller*innen	<i>Einfügen nach Zeile 606: „Bei der Vergabe von Aufträgen zum Betrieb von Flüchtlingsunterkünften darf nicht nur der Preis sondern es müssen vor allem die Standards für eine qualifizierte Betreuung ausschlaggebend sein.“</i>

WP-05-619	LAG Säkulare Grüne	<i>Wir wollen eine rechtzeitige Aufklärung von Zuwanderern über die Tatsache, dass eine harmlos scheinende Angabe der Zugehörigkeit zu Religionen zu einer ihnen unbekanntem Steuerpflicht führen kann.</i>	ModÜ Konsens mit LAG	<i>Einfügen nach Z. 1283 „Zugewanderte sollen über die steuerrechtlichen Konsequenzen von Religionszugehörigkeit aufgeklärt werden.“</i>
WP-05-632-2	Lena Volmar u.a.	<i>Füge ein nach "nutzen": und die Anwendung des Integrationsgesetzes in NRW besonders bezüglich Aufenthaltsauflagen zu überprüfen.</i>	zurückgezogen	
WP-05-635	GRÜNE JUGEND NRW	<i>Ersetze Zeile 635-637 durch: „Wir GRÜNE setzen uns auf Bundesebene dafür ein, unverhältnismäßige Maßnahmen wie die Abschiebehaf zu beenden. Bis dieses Ziel erreicht wird, setzen wir auf Alternativen wie beispielsweise Meldeauflagen, um unnötige Härten zu vermeiden.“</i>	mÜ	Ersetze Zeile 635-637 durch: "Die Inhaftierung von Menschen zur Durchsetzung aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen ist ein schwerwiegender Eingriff in die Freiheit der Person und darf allenfalls in eng umrissenen Ausnahmefällen in Betracht gezogen werden. Daher halten wir an unserer langjährigen Forderung fest, die Abschiebungshaft abzuschaffen und setzen uns auf Bundesebene weiterhin dafür ein. Bis dieses Ziel erreicht wird, setzen wir auf Alternativen wie beispielsweise Meldeauflagen, um unnötige Härten zu vermeiden."
WP-05-643	Lena Volmar und Antje Westhues	<i>Füge an: Eine Vorrangprüfung, wie sie zurzeit praktiziert wird, gehört deshalb abgeschafft.</i>	mÜ	„Die in 23 Agenturbezirken weiterhin bestehende Vorrangprüfung für Asylsuchende wollen wir abschaffen.“
WP-05-652	KV Mönchengladbach	<i>Neuer Absatz nach Zeile 652: "Doch auch für viele Bürger*innen der europäischen Union wird NRW im Rahmen der Niederlassungsfreiheit neuer Wohnort und Lebensmittelpunkt. Sie treffen hier auf ungewohnte Verwaltungsstrukturen und Sprachbarrieren. Wir wollen auch diesen Menschen in ihrer neuen Heimat mit einem landesweiten System von "Integration Points" bei Arbeitsplatzsuche und Orientierung in der neuen Heimat Unterstützung bieten."</i>	Übernahme	

WP-05-654	LAG Migration und Flucht	<i>Einfügen nach „Integration ist eine Querschnittsaufgabe“: „Wir wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen echte Chancengleichheit erfahren und diskriminierungsfrei teilhaben können. Wir wollen Empowerment-Prozesse stärken.“</i>	Übernahme	
WP-05-683	LAG Frauen	<i>Neu zugewanderte Frauen und Männer werden zu Sprach- und Kulturmittler*innen qualifiziert.</i>	mÜ	Die Qualifizierung zugewanderter Männer und Frauen zu Sprach- und Kulturmittlern ist ein wichtiger Baustein im Integrationsprozess
WP-05-683-2	LAG Medien/Netz	<i>ergänze nach Zeile 683: „Während der Zuwanderungswelle in 2015 und danach sind viele zivilgesellschaftlich getragene Initiativen entstanden, die es sich zur Aufgabe machen, Geflüchtete nicht nur das Ankommen in unserem Land zu erleichtern, sondern auch deren bessere Integration zum Ziel haben. Viele dieser Initiativen haben mit und für Geflüchtete digitale Lösungen – Websites, Wikis und Apps – entwickelt, die notwendige Informationen für Ankommende und Begleitung in der Integration bieten. Wir wollen leicht zugängliche Fördermöglichkeiten einrichten, die die Weiterentwicklung und den Regelbetrieb dieser Lösungen finanziell absichern.“</i>	mÜ	<i>ergänze nach Zeile 683: “Durch die hohe Zahl neu eingereister Geflüchteter in den letzten beiden Jahren sind viele zivilgesellschaftlich getragene Initiativen entstanden, die für und mit Geflüchteten digitale Angebote, wie z.B. Websites, Wikis und Apps entwickelt, die notwendige Informationen für die Ankommenden und deren Integration bieten. Wir wollen prüfen, inwieweit solche Initiativen Zugang zu bestehenden Fördermöglichkeiten erhalten können, um deren Betrieb finanziell abzusichern.“</i>
WP-05-683-3	Antje Westhues KV Bochum u.a.	Füge nach Zeile 683 ein: <i>„Auch die Sprachenvielfalt in NRW muss stärker anerkannt und gefördert werden. Wir müssen Mehrsprachigkeit endlich anerkennen und die Sprachen unserer Schüler*innen mit Migrationshintergrund als Fremdsprachen allen Schüler*innen zugänglich machen.“</i>	An das Bildungskapitel WP03 weitergeleitet.	

WP-05-703	Lena Volmar und Antje Westhues	<i>Füge an: Doch nicht nur Sinti und Roma verdienen es, endlich als Opfer eines Völkermordes anerkannt zu werden. Herero und Nama leiden noch heute unter den Gräueltaten in der deutschen Kolonialzeit. Für die Aufarbeitung und Anerkennung dieser Gräueltaten wollen wir uns besonders einsetzen.</i>	zurückgezogen	
WP-05-717	Hauke Hoth u.a.	<i>Einschub am Ende der Zeile: "Sie kann nur dann gerecht sein, wenn alle Bürger*innen sie gleichermaßen nutzen können. Deshalb muss NRW alles im Rahmen seiner Möglichkeiten tun, um Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse nicht aus eigenen Mitteln den Rechtsweg beschreiten können, proaktiv über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufzuklären und unnötige bürokratische Hürden dahingehend abzubauen."</i>	mÜ zusammengeführt mit WP-05-762-2	<i>Einschub am Ende der Zeile: „Grundbedingung sozialer Teilhabe: Beratungs- und Prozesskostenhilfe Der Zugang zur Justiz muss niedrigschwellig sein. Deshalb wollen wir erreichen, dass Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse nicht aus eigenen Mitteln den Rechtsweg beschreiten können, noch besser proaktiv über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufgeklärt werden und unnötige bürokratische Hürden dahingehend abgebaut werden. Diese Instrumente müssen mit dem Ziel einer größeren Teilhabe ausgebaut werden. Wir fordern außerdem eine Evaluierung der Prozesskosten- und Beratungshilfe.“</i>
WP-05-753	KV Hagen	<i>WP-05 Zeilen 753-756 streichen</i>	erledigt durch Abstimmung von WP-05-753	
WP-05-753-2	LAG Säkulare Grüne	<i>streichen „Wir wollen auch die interkulturelle Abbildung der Gesellschaft in der Justiz stärken und wollen daher das Verbot des Tragens durch religiös begründete Kopftücher für Richterinnen und Staatsanwältinnen in den öffentlichen Verhandlungen überprüfen“</i>	modÜ	<i>„Wir wollen das Verbot des Tragens von religiös begründeten Kopftüchern für Richterinnen und Staatsanwältinnen in den öffentlichen Verhandlungen überprüfen. Wir wollen auch die interkulturelle Abbildung der Gesellschaft in der Justiz stärken.“</i>

WP-05-762	Lena Volmar und Antje Westhues	füge an: Außerdem wollen wir das Richter*innenamt attraktiver gestalten, indem flexiblere Arbeitszeiten mit Blick auf die Familienfreundlichkeit geschaffen werden und die Besoldung an die reale Arbeitsbelastung gerecht angepasst wird. Wir wollen zudem die Tätigkeit von Schöff*innen und Laienrichter*innen als wichtige Beteiligungsinstanz der Bürger*innen an der Judikatur stärker in die Öffentlichkeit rücken.	mÜ	füge an: Wir haben das Richter*innenamt durch die Dienstrechtsreform attraktiver und familienfreundlicher gestaltet, indem wir u.a. die unterhältliche Teilzeit ermöglichen. Wir wollen zudem für die Tätigkeit von Schöff*innen und Laienrichter*innen als wichtige Beteiligungsinstanz der Bürger*innen an der Judikatur stärker in der Öffentlichkeit werben.
WP-05-762-2	LAG Demokratie und Recht	Einfügen nach 762 (neue Zwischenüberschrift): “Grundbedingung sozialer Teilhabe: Beratungs- und Prozesskostenhilfe Zugang zum Recht, bessere Rechtsdurchsetzung und eine flächendeckende Justiz sind klare Punkte grüner Rechtspolitik. Wir haben uns für Mediationskostenhilfe und alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten ausgesprochen sowie andere Formen der Erleichterung der Rechtsdurchsetzung wie Gruppenverfahren. Wir wenden uns gegen die Einschränkung der Prozesskosten- und Beratungshilfe. Wir wollen eine landesweite Aufklärungskampagne, die Betroffene über ihre Rechtsschutzmöglichkeiten informiert. Wir fordern eine Evaluierung der Prozesskosten- und Beratungshilfe. Diese Instrumente müssen mit dem Ziel einer größeren Teilhabe ausgebaut werden.“	Erledigt durch modÜ 05-717	

WP-05-765	KV Hagen	<i>WP-05 nach Zeile 765 einfügen: Insofern dem Staat Kosten durch die Beauftragung mit deren Mitgliederverwaltung (Taufregistrierung/Beitritte, Kirchenaustritt) seitens der Kirchensteuergemeinschaften entstehen, sind diese nicht bei den Bürger*innen, sondern bei der Kirchensteuergemeinschaft zu erheben. Auch deshalb werden wir die Kirchenaustrittsgebühren abschaffen. Zudem ist sicherzustellen, dass die Bürger*innen dauerhaft von ihnen veranlasste Veränderungen ihres Mitgliedsstatus bescheinigt bekommen können.</i>	Erledigt durch Mod. Ü. in 1283	Ergänze nach 1283: „Zudem ist sicherzustellen, dass die Bürger*innen dauerhaft von ihnen veranlasste Veränderungen ihres Mitgliedsstatus bescheinigt bekommen können.“
WP-05-793	KV Hagen	<i>WP-05 nach Zeile 793 einfügen: Auch daher muss sichergestellt werden, dass islamistische und andere Hassprediger künftig keinen Zutritt zu Gefängnissen haben. Die Entstehung salafistischer Netzwerke und Rekrutierungen in Strafanstalten ist mit geeigneten Mitteln zu unterbinden.</i>	Erledigt durch modÜ 793-2	
WP-05-793-2	LAG Säkulare Grüne	<i>Auch daher muss sichergestellt werden, dass islamistische und andere Hassprediger künftig keinen Zutritt zu Gefängnissen haben. Die Entstehung salafistischer Netzwerke und Rekrutierungen in Strafanstalten ist mit geeigneten Mitteln zu unterbinden.</i>	modÜ	Neuer Absatz nach Z. 808 „Es muss sichergestellt werden, dass Hassprediger*innen jeder Art künftig keinen Zutritt zu Gefängnissen haben.“

WP-05-794	Johanna Gunkel u.a.	<p>Einfügen ab Zeile 794: <i>„Damit Resozialisierung gelingen kann, braucht es im Strafvollzug vielfältige Angebote für die Inhaftierten. In der Arbeitstherapie gibt es bereits unterschiedliche künstlerische Angebote, allerdings findet nur in sehr wenigen Justizvollzugsanstalten Kunsttherapie statt. Die Kunsttherapie kann Inhaftierte in besonderem Maße therapeutisch begleiten, deshalb möchten wir deutlich mehr Kunsttherapie in NRW anbieten. Diese kann in einem Kreativzentrum gebündelt werden und sollte für alle Standorte flächendeckend wirken.“</i></p>	Übernahme	
WP-05-802	OV Alfter u.a.	<p><i>In WP-05 (Strafvollzug/Behandlung statt Sühne) wird in Zeile 802 angefügt: „Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik für NRW 2015 gab es im Jahr 2015 fast 84.000 gemeldete Fälle „Erschleichen von Leistungen“ (§ 265a Strafgesetzbuch), wobei das Fallaufkommen weitgehend von der Anzahl der Beförderungerschleichungen und somit von den Kontrollen und Anzeigen der Verkehrsbetriebe abhängt. Diese Fallzahl verursacht auch innerhalb der Justiz einen erheblichen Verwaltungs- und Mitteleinsatz. Auch wenn das Justizministerium keine Statistik zur Verfügung hat kann – wie Erfahrungen in Berlin zeigen – auch in NRW von einer stattlichen Zahl von Ersatzfreiheitsstrafen ausgegangen werden, wenn (wiederholt) Verurteilte Geldstrafen nicht zahlen. Wenn es möglich wäre, in NRW eine solidarische Finanzierungsform für den Nahverkehr zu installieren, würde sich eine strafrechtliche Verfolgung der Menschen erübrigen und Polizei und Justiz würden erheblich entlastet (Näheres unter “Bahn- und ÖPNV-Angebot und –Finanzierung verbessern)“.</i></p>	zurückgezogen	

WP-05-808	KV Hagen	<p><i>WP-05 nach Zeile 808 neu einfügen: Aktuell entscheiden die jeweiligen Richter, an welche gemeinnützige Organisation die Verurteilten ihre Geldstrafe zu zahlen haben. Ein inhaltlicher Zusammenhang mit dem Gegenstand der Straftat besteht zumeist nicht. Dies führt zu einer recht willkürlichen Distribution dieser Gelder. Der Landtag soll ein Gremium schaffen, welches transparente Kriterien für deren Distribution entwickelt.</i></p>	mÜ	<p><i>nach Zeile 808 neu einfügen: "Aktuell entscheiden die jeweiligen Richter, an welche gemeinnützige Organisation die Verurteilten ihre Geldstrafe zu zahlen haben. Ein inhaltlicher Zusammenhang mit dem Gegenstand der Straftat besteht nicht immer. Wir wollen für die Verteilung der Gelder transparente Kriterien entwickeln."</i></p>
WP-05-811	OV Alfter u.a.	<p><i>In WP-05 (Justiz – das wollen wir GRÜNE) wird nach Zeile 811 eingefügt: „- eine Entlastung der Justiz“</i></p>	Übernahme	

WP-05-885	LAG Verbraucherpolitik	<p><u>Nach Zeile 885 einfügen:</u> Wir wollen das unter anderem mit eine Fleischkennzeichnung nach Herkunft des Fleisches erreichen.</p>	modifizierte Übernahme	<p>„Wir werden uns daher auf Bundesebene unter anderem für eine Fleischkennzeichnung nach Herkunft des Fleisches einsetzen.“</p>
WP-05-886	LAG Verbraucherpolitik	<p><u>Zeile 886f Unterstrichenenes ergänzen:</u> (...) durch ein „Ampel-Kontrollbarometer“ für Gaststätten, sowie einer Erweiterung...</p>	zurückgezogen	
WP-05-896	LAG Verbraucherpolitik	<p><u>Nach Zeile 896 einfügen:</u> Darüber hinaus möchten wir weiter aktiv gegen Lebensmittelverschwendungen vorgehen, indem wir sowohl die Verbraucher*innen als auch die Lebensmittelindustrie für diese Problematik sensibilisieren und uns dafür einsetzen, dass langfristig keine Lebensmittel weggeworfen werden.</p>	Mod. Übernahme	<p>Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass keine Lebensmittel verschwendet werden, indem wir sowohl die Verbraucher*innen als auch die Lebensmittelindustrie für diese Problematik sensibilisieren.</p>
WP-05-907	LAG Verbraucherpolitik	<p><u>Nach Zeile 907 einfügen:</u> Der Masterplan „Umwelt und Gesundheit NRW“, ist ein Handlungskonzept für verschiedene Aktivitäten auf Landes- und kommunaler Ebene darstellt und die Zusammenhänge zwischen Umweltbelastung und sozialer Benachteiligung aufarbeitet. Umweltgerechte und gesundheitsverträgliche</p>	zurückgezogen	

		Lebensbedingungen bilden die Basis für die Lebensqualität der Bevölkerung und sind gleichzeitig wichtige Wirtschafts- und Standortfaktoren. Dieser muss konsequent weiter entwickelt werden.		
WP-05-924	LAG Verbraucherpolitik	<u>Zeilen 924-925:</u> streichen	Übernahme	
WP-05-951	LAG Verbraucherpolitik	<u>Nach Zeile 951 in Aufzählung ergänzen:</u> [?] Weiter gegen Lebensmittelverschwendung vorgehen	Übernahme	
WP-05-975	LAG Frauen	Ersetze "Gemeinsam" durch "Auf Augenhöhe miteinander"	Erledigt durch WP-05-975-2	
WP-05-975-2	Josefine Paul u.a.	"Gemeinsam wird dort ein Handlungskonzept zur Regulierung der Prostitution erarbeitet." ersetzen durch: "Die dort gewonnenen Erkenntnisse wollen wir zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der in der Sexarbeit tätigen in NRW weiterentwickeln."	Übernahme	
WP-05-984	Josefine Paul u.a.	„sexuell motivierter Gewalt“ ersetzen durch „sexualisierte Gewalt“	Übernahme	
WP-05-992	Josefine Paul u.a.	"Frauenberatungsstellen" ersetzen durch "Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt an Frauen"	Übernahme	
WP-05-994	Josefine Paul u.a.	streichen: "in einem bundesweit einmaligen Projekt"	Übernahme	
WP-05-1010	Lena Volmar und Antje Westhues	streiche zweite Satzhälfte ab „und“ und ersetze durch: und auf dem Arbeitsmarkt generell schlechtere Aufstiegschancen haben.	Modifizierte Übernahme	Ersetze Z.1010 ab „häufig“ durch: „... für als typische Frauenberufe geltende Berufe, die selten eine leistungsgerechte Vergütung und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt bieten.“
WP-05-1017	LAG Frauen	ersetze Z. 1017 – 1020 durch: "Wir setzen uns auf Bundesebene für ein konsequentes Entgeltgleichheitsgesetz ein, das die Arbeitsrealität von Frauen auch wirklich abbildet und allen erwerbstätigen Frauen zu Gute kommt. Als Land kommt uns eine Vorbildfunktion beim Thema "Equal Pay" zu.	Übernahme	

		Deshalb wollen wir die Verwaltungen des Landes und die Kommunen bei der Umsetzung tatsächlicher Entgeltgleichheit unterstützen.“		
WP-05-1036	KV Paderborn	In Zeile 1036 von WP-05 möge folgender Passus ergänzt werden: „Auch müssen die Trägervereine der Frauenhäuser dahingehend finanziell entlastet werden, dass die Förderung der Personalkosten wieder, wie in den 1980 er Jahren den tatsächlichen Personalkosten angepasst wird.“	Modifizierte Übernahme	Die Frauenhausfinanzierung muss gesichert werden und auch die Personalkosten decken. Hier ist auch der Bund gefordert, für eine bundeseinheitliche Finanzierung der Frauenhäuser zu sorgen, die allen Frauen Schutz vor Gewalt bietet.
WP-05-1038	GRÜNE JUGEND NRW	Füge an: „Wir GRÜNE unterstützen Beratungsangebote, unter anderem Opfertelefone und Zufluchtsräume, die Frauen*, inter- und transgeschlechtlichen sowie queeren Menschen in Not Unterstützung und Obdach gewähren. Langfristig wollen wir so, unter Berücksichtigung des Bedarfs, ein flächendeckendes Angebot schaffen.“	Modifizierte Übernahme	Wir unterstützen Beratungsangebote, unter anderem Opfertelefone und Zufluchtsräume, die Frauen*, inter- und transgeschlechtlichen sowie queeren Menschen in Not Unterstützung und Obdach gewähren. Langfristig wollen wir so ein landesweit bedarfsgerechtes Angebot schaffen.
WP-05-1038-2	LAG Frauen	„...den Sozialämtern vernetzen“ ergänze “sowie Interventionsstellen fördern.“	Übernahme	
WP-05-1059	LAG Frauen	Dies ist auch für begleitete und unbegleitete geflüchtete Mädchen und junge Frauen besonders wichtig.	Übernahme	
WP-05-1100	LAG Frauen	Deswegen fordern wir über die „Boy’s Days“ hinaus ein geschlechtersensibles Bildungs- und Berufsberatungsangebot, <u>das die Berufswahl unabhängig von Geschlechterklischees und Rollenerwartungen fördert.</u>	Übernahme	
WP-05-1117	LAG Frauen	Nach Zeile 1117 ergänzen “- Fachkräfte im Bereich der Cybergewalt geschlechtsspezifisch schulen – anonyme Spurensicherung – eigenständige Mädchenarbeit“	Modifizierte Übernahme	„Geschlechtsspezifische Schulungen für Fachkräfte anbieten, die sich dem Thema Cybergewalt widmen“
WP-05-1157	Lukas Flohr u.a	Ersetze “Trans*-Personen dürfen nicht weiter bevormundet werden. Sie sind Teil der Realität und keineswegs ein Fehler der Natur. Dies gehört politisch anerkannt, durch die Abschaffung der zwingenden Zweigeschlechtlichkeit in offiziellen Dokumenten.“ durch	Modifizierte Übernahme	Ersetze Zeile 1155-1157 durch: „Trans*personen sollten nicht länger gezwungen sein zwei unabhängige psychiatrische Gutachten vorzulegen, um ihren Geschlechtseintrag zu ändern. Sie sind Teil der Realität und nicht etwa psychisch krank oder gar ein Fehler der Natur. Zur Anerkennung dieser Realität gehört

		<p>“Trans*personen sollten nicht länger gezwungen sein zwei unabhängige psychiatrische Gutachten vorzulegen um ihren Geschlechtseintrag zu ändern. Sie sind Teil der Realität und nicht etwa psychisch krank oder gar ein Fehler der Natur. Außerdem wünschen wir uns eine Abschaffung der Zweigeschlechtlichkeit in offiziellen Dokumenten. Es sollte auch die Möglichkeit einer frei wählbaren “dritten Option“ geben beziehungsweise die Möglichkeit keine Angabe machen zu müssen“</p>		<p>auch die Möglichkeit einer frei wählbaren "dritten Option" in offiziellen Dokumenten oder die Möglichkeit, keine Angaben zum Geschlecht machen zu müssen.“</p>
WP-05-1165	Vincent Krämer u.a.	<p>Ersetze “Auch intersexuelle Menschen leiden unter der zwingenden Zweigeschlechtlichkeit. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wollen wir zur Enttabuisierung des Themas und zur Sensibilisierung beitragen“ durch “Auch intersexuelle Menschen leiden unter der zwingenden Zweigeschlechtlichkeit. Bei der Geburt eines Kindes wird anhand seiner körperlichen Merkmale entschieden ob es ein Junge oder Mädchen ist, Kinder die nicht in das zweigeschlechtliche Muster passen werden bereits kurz nach der Geburt durch operative Eingriffe an eines der beiden Geschlechter angepasst. Wir wollen diese Praxis abschaffen, da es den Kindern im späteren Leben oft schwere psychische Probleme bereitet. Wir wollen, dass Menschen selbst über ihren Körper entscheiden können. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wollen wir außerdem zur Enttabuisierung des Themas und zur Sensibilisierung beitragen“</p>	Modifizierte Übernahme	<p>Ersetze Zeile 1165 durch: „Auch intersexuelle Menschen leiden unter der zwingenden Zweigeschlechtlichkeit. Bei der Geburt eines Kindes wird anhand seiner körperlichen Merkmale entschieden, ob es ein Junge oder Mädchen ist. Kinder, die nicht in das zweigeschlechtliche Muster passen, dürfen auch heute kurz nach der Geburt und aus zwingenden medizinischen Gründen durch operative Eingriffe an eines der beiden Geschlechter angepasst werden. Die Praxis sieht aber je nach Region und abhängig von der Haltung der handelnden Personen sehr unterschiedlich aus. Damit das Recht auf selbstbestimmte Entscheidung des Geschlechtes tatsächlich zum Tragen kommt, setzen wir uns für eine konsequente Einhaltung der bestehenden engen Grenzen ein, denn eine Zwangsoperation bereitet den Kindern im späteren Leben oft schwere psychische Probleme. Wir wollen, dass alle Menschen selbst über ihren Körper entscheiden können. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wollen wir außerdem zur Enttabuisierung des Themas und zur Sensibilisierung beitragen.“</p>
WP-05-1171	GRÜNE JUGEND NRW	<p>Füge neuen Absatz ein: “Außerdem wollen wir in allen öffentlichen Einrichtungen auch offene Unisex-Toiletten einzuführen, um erlebter Diskriminierung von trans- und intergeschlechtlichen Personen vorzubeugen.“</p>	Modifizierte Übernahme	<p>„Unisex-Toiletten zum Beispiel, die nach und nach zusätzlich auch in öffentlichen Einrichtungen entstehen, sind ein wichtiger Beitrag, um der Diskriminierung von trans- und intergeschlechtlichen Personen vorzubeugen.“</p>
WP-05-1190	GRÜNE JUGEND NRW	<p>Füge nach „weiter fördern und stärken“ ein: „Daher setzen wir uns das Ziel in jedem Kreis bzw. jeder kreisfreien Stadt</p>	Modifizierte Übernahme	<p>„Daher sollte es in jedem Kreis bzw. in jeder kreisfreien Stadt einen betreuten queeren Jugendtreff bzw. -gruppe</p>

		einen betreuten queeren Jugendtreff bzw. -gruppe anzubieten, ein.“		geben.“
WP-05-1203	Josefine Paul u.a.	streichen: „Dazu soll ein Beteiligungsprozess mit den unterschiedlichen Akteur*innen, wie z.B. den Gedenkstätten, dem Bund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, der ARCUS Stiftung, aber auch dem Zentrum für schwule Geschichte und den Frauengeschichtsvereinen stattfinden.“	Modifizierte Übernahme	Zeilen 1202-1206 ersetzen durch: „In diesem Sinne wollen wir auch das geplante „Landeskonzept Erinnerungskultur“ um den Aspekt „Diversity“ erweitern. Dazu wollen wir Akteur*innen einbeziehen, die sich mit der Geschichte der Verfolgung und Emanzipation aus queerer und Genderperspektive befassen, wie die ARCUS Stiftung, Frauengeschichtsvereine und die Initiativen zur Aufarbeitung schwuler Geschichte.“
WP-05-1237	LAG Säkulare Grüne	Wir wollen Kruzifixe und andere religiöse Symbole in öffentlichen Gebäuden abhängen, weil diese die weltanschauliche Neutralität des Staates verletzen.	modÜ	Anfügen an Z 1236 „...“, weswegen wir auch auf weltanschauliche Neutralität öffentlicher Gebäude eintreten.“
WP-05-1240	LAG Grüne Muslim*innen	Nach „Grundgesetz“ bis „die hier leben und hier leben wollen.“ ersetzen durch: „und der in ihr implementierte Minderheitenschutz, die für alle gelten,“	zurückgezogen	
WP-05-1243	LAG Grüne Muslim*innen	Nach „betrachten“ ergänzen: „Unser Ziel ist dabei die Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.“	zurückgezogen	
WP-05-1245-2	LAG Säkulare Grüne	ersetze „Der sich verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit im religiösen Bereich tragen wir auch damit Rechnung, dass es seit 2015 leichter ist, staatliche Grundschulen, die konfessionell gebunden sind (Bekenntnisgrundschulen) in Gemeinschaftsgrundschulen umzuwandeln, wenn dies dem Wunsch einer Mehrheit der Eltern entspricht. Der Beschluss ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichbehandlung von Schüler*innen unterschiedlicher religiöser Prägung und solcher ohne Religionszugehörigkeit. Trotzdem bleiben wir Grüne dabei: Die Gemeinschaftsgrundschule ist die Schule für alle Kinder. Sie bietet konfessionellen Religionsunterricht an, den wir durch das Philosophieren für Kinder ergänzen wollen für alle, die keinen Religionsunterricht wählen. Eine	Modifizierte Übernahme, im Anschluss folgt übernommener Antrag WP03-473 aus Kapitel 03	Ersetze Zeilen 1245-1255 durch: „Der sich verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit im religiösen Bereich tragen wir auch damit Rechnung, dass es seit 2015 leichter ist, staatliche Grundschulen, die konfessionell gebunden sind (Bekenntnisgrundschulen) in Gemeinschaftsgrundschulen umzuwandeln, wenn dies dem Wunsch einer Mehrheit der Eltern entspricht. Der Beschluss ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichbehandlung von Schüler*innen unterschiedlicher religiöser Prägung und solcher ohne Religionszugehörigkeit. Die Grundschule ist Schule für alle Kinder. Die Gemeinschaftsgrundschule gewährleistet das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ sowie Pluralität

		<p>Grundschule, die konfessionell separiert, muss überwunden werden. Dazu streben wir weiterhin eine Verfassungsänderung an.“ durch „Die Grundschule ist Schule für alle Kinder – keine Segregation nach Religion und Konfession. Gerade die Grundschulen müssen für alle Schüler*innen offen und diskriminierungsfrei zugänglich sein. Die Gemeinschaftsgrundschule gewährleistet das Prinzip „kurze Beine kurze Wege“ sowie Pluralität gegenüber Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen. Auch die negative Religionsfreiheit muss beachtet werden. Segregation in der Gesellschaft darf nicht durch Konfessionen oder Religionszugehörigkeiten verstärkt werden. Daher wollen wir, dass die Bekenntnisgrundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen umgewandelt werden. Nur in NRW und Niedersachsen sind die Bekenntnisgrundschulen noch in der Verfassung verankert. Wir GRÜNE in NRW wollen das Schulgesetz ändern und Mehrheiten für eine Verfassungsänderung suchen. Das Modellversuchs-Fach „Philosophieren für Kinder“ wollen wir zu einem ordentlichen, integrativen Lehrfach „Philosophie und Religionskunde“/„Ethik“ für alle ausbauen.“</p>		<p>gegenüber Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen. Grundschulen, die Kinder konfessionell ausschließen, müssen überwunden werden.“</p>
WP-05-1254	LAG Grüne Muslim*innen	<p>Nach “werden“ ergänzen: “Es muss sichergestellt werden, dass Schüler*innen und Lehrkräfte nicht aufgrund von Religion und Weltanschauung ausgegrenzt werden.“</p>	<p>Erledigt durch mod. Übernahme WP-05-1245-2</p>	
WP-05-1255	LAG Säkulare Grüne	<p>füge ein: „Außerdem fehlt bisher in Nordrhein-Westfalen die im Grundgesetz vorgesehene Säule bekenntnisfreier Schulen. Diese wollen wir entwickeln.“</p>	<p>zurückgezogen</p>	
WP-05-1256	Berivan Aymaz u.a.	<p>ersetze: “Wir haben Muslim*innen in Nordrhein-Westfalen gleiche Rechte gewährt, indem wir den Islamischen Religionsunterricht eingeführt und das Bestattungsgesetz geändert haben. Darüber hinaus wollen wir die islamische Seelsorge in staatlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten.“</p>	<p>Modifizierte Übernahme</p>	<p>Ersetze Zeilen 1256-1260 durch: „Als Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung gegenüber Muslim*innen haben wir den islamischen Religionsunterricht eingeführt und das Bestattungsgesetz geändert. Darüber hinaus wollen wir die islamische Seelsorge in staatlichen Einrichtungen, wie</p>

		<p>durch:</p> <p>„Als Schritt des Respekts und Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung gegenüber muslimischen Gläubigen haben wir den islamischen Religionsunterricht eingeführt und das Bestattungsgesetz geändert. Wir wollen diese Schritte als Rahmen für einen konstruktiv-kritischen Dialog nutzen. Darüber hinaus wollen wir die islamische Seelsorge in staatlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten. Diejenigen, die diesen Seelsorgedienst versehen sind verpflichtet, die Menschenwürde, die Gleichberechtigung nach Art. 3 Grundgesetz, die Freiheitsgrundrechte und die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung zu wahren. Hierauf muss das Land NRW auch wegen seiner staatlichen Verantwortung in Anstalten fortwährend achten.“</p>		<p>Krankenhäusern und Gefängnissen, gewährleisten sowie die dazu notwendige Ausbildung von Imamen. Diejenigen, die diesen Seelsorgedienst versehen, sind verpflichtet, die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung zu wahren. Hierauf muss das Land NRW auch wegen seiner staatlichen Verantwortung in Anstalten fortwährend achten.“</p> <p>Füge ein in Z 1239 „Nur durch konstruktiv-kritischen Dialog und Kompromiss kann diese Vielfalt gestaltet werden.“</p>
WP-05-1257	LAG Grüne Muslim*innen	<p>„gleiche Rechte gewährt“ ersetzen durch:</p> <p>„ein Stück weiter gleichgestellt“</p>	Erledigt durch mod. Übernahme WP-05-1256	
WP-05-1258	Berivan Aymaz u.a.	<p>ersetze:</p> <p>„Die islamischen Verbände sind derzeit als Religionsgemeinschaften nicht anerkannt, da sie nicht bekenntnisförmig organisiert, sondern politisch und national geprägt sind. NRW hat einen Beirat für den islamischen Religionsunterricht eingerichtet, der paritätisch mit Vertreter*innen des Schulministeriums und der islamischen Verbände besetzt ist.“</p> <p>durch:</p> <p>„Islamische Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen. Wenn sie die Gewähr der Dauer bieten, können sie auch den Körperschaftsstatus erlangen und somit gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Die Muslimas und Muslime und ihre Organisationen müssen dabei selbst entscheiden, ob und wie sie in der Vielfalt muslimischen Lebens die</p>	Modifizierte Übernahme	<p>Ersetze Zeilen 1260-1265 durch</p> <p>„Islamische Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen. Derzeit wird in NRW eine umfassende religionswissenschaftliche und verfassungsrechtliche Prüfung vorgenommen. Wenn die Religionsgemeinschaften die Gewähr der Dauer bieten, können sie auch den Körperschaftsstatus erlangen und somit gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Die Muslimas und Muslime und ihre Organisationen müssen dabei selbst entscheiden, ob und wie sie in der Vielfalt muslimischen Lebens die Voraussetzungen dafür schaffen wollen, um ein institutionalisiertes Kooperationsverhältnis mit dem Staat zu erreichen. Die vier großen muslimischen Verbände (DITIB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z.) erfüllen aber aus grüner Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen an eine Religionsgemeinschaft im Sinne des Religionsverfassungsrechts. Ihre Identität und</p>

		<p>Voraussetzungen dafür schaffen wollen, um ein institutionalisiertes Kooperationsverhältnis mit dem Staat zu erreichen. Die vier großen muslimischen Verbände (DİTİB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z.) erfüllen aber aus grüner Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen an eine Religionsgemeinschaft im Sinne des Religionsverfassungsrechts. Sie sind religiöse Vereine. Ihre Identität und Abgrenzung untereinander ist nicht durch Unterschiede im religiösen Bekenntnis begründet, sondern politischen und sprachlichen Identitäten aus den Herkunftsländern und der Migrationsgeschichte geschuldet. Die DİTİB ist dabei zudem eine Tochterorganisation des Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet İşleri Başkanlığı) in Ankara. Die strukturelle Abhängigkeit von einem Staat und dessen jeweiliger Regierungspolitik entspricht nicht der grundgesetzlich geforderten Trennung von Religion und Staat. Eine bekenntnisförmige Neuorganisation der Muslimas und Muslime würde aus ihren Organisationen keine Kirchen, aber islamische Glaubensgemeinschaften in Deutschland machen. Sie hätten einen Anspruch auf rechtliche Gleichstellung. Damit würde der Islam in Deutschland tatsächlich ankommen.“</p>		<p>Abgrenzung untereinander ist nicht durch Unterschiede im religiösen Bekenntnis begründet, sondern politischen und sprachlichen Identitäten aus den Herkunftsländern und der Migrationsgeschichte geschuldet. Die DİTİB ist dabei zudem eine Tochterorganisation des Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet İşleri Başkanlığı) in Ankara. Die strukturelle Abhängigkeit von einem Staat und dessen jeweiliger Regierungspolitik entspricht nicht der grundgesetzlich geforderten Trennung von Religion und Staat. Eine bekenntnisförmige Neuorganisation der Muslimas und Muslime würde aus ihren Organisationen keine Kirchen, aber islamische Glaubensgemeinschaften in Deutschland machen. Sie hätten einen Anspruch auf rechtliche Gleichstellung. Damit würde der Islam in Deutschland tatsächlich ankommen.“</p> <p>und fügen anschließend an:</p> <p>„NRW hat deshalb einen Beirat für den islamischen Religionsunterricht eingerichtet, der paritätisch mit Vertreter*innen des Schulministeriums und der islamischen Verbände besetzt ist. Es gibt keine exklusiven Verträge mit einem islamischen Verband, der Lehrplan wird vom Land NRW erlassen.“</p>
WP-05-1259	LAG Christ*innen	nach "wie Krankenhäusern und Gefängnissen" füge ein: "sowie die dazu notwendige Ausbildung von Imamen in Deutschland"	Erledigt durch mod. Übernahme WP-05-1256	
WP-05-1260	LAG Grüne Muslim*innen	Von "Die islamischen..." bis "...geprägt sind." streichen	Erledigt durch mod. Übernahme WP-05-1258	
WP-05-1264	LAG Grüne Muslim*innen	Von "Es gibt..." bis "...islamischen Verband" streichen.	Erledigt durch mod. Übernahme	

			WP-05-1258	
WP-05-1280	LAG Grüne Muslim*innen	Ergänzen: "Für uns gilt es dabei auch die Gleichstellung von religiösen Minderheiten und Weltanschauungen sicherzustellen."	Mod. Übernahme	"Wir wollen die Religionsfreiheit und Gleichberechtigung jedes Menschen – gleich welcher Religion oder Weltanschauung – sicherstellen."
WP-05-1281	Carola Eichbaum u.a.	einfügen „Der jetzige Modus des staatlichen Kirchensteuereinzuges bricht mit den Anforderungen des Datenschutzes. Dies verletzt nicht nur die Persönlichkeitsrechte der Mitglieder von Religionsgemeinschaften, sondern auch die aller übrigen Steuerzahler*innen. Wir wollen, dass das Prinzip der Datensparsamkeit gerade für die sensiblen religionsbezogenen Daten gilt. Weder Staat noch Arbeitgeber*innen dürfen Bekenntnisse einfordern.“	Modifizierte Übernahme	Füge an nach Zeile 1283: „Wir wollen, dass das Prinzip der Datensparsamkeit gerade für die sensiblen religionsbezogenen Daten gilt. Als ersten Schritt setzen wir uns dafür ein, dass weder Arbeitgeber*innen noch Kreditinstitute persönliche Daten über die Konfessionszugehörigkeit bzw. -losigkeit aus Lohnsteuerkarte oder Kapitalertragssteuer erfahren dürfen.“
WP-05-1283	Werner Hager u.a.	füge ein: "Wir wollen, dass weder Arbeitgeber*in noch Kreditinstitute persönliche Daten über die Konfessionszugehörigkeit bzw. -losigkeit aus Lohnsteuerkarte oder Kapitalertragssteuer erfahren dürfen. Wir halten es verfahrenstechnisch für möglich, Wege zu schaffen für diejenigen, die den konkreten Status für Dritte nicht sichtbar machen wollen. Denn für die Kirchensteuerzahlung ist der Quellenabzug, also die Abführung über Arbeitgeber*in oder Kreditinstitute, nicht zwingend."	Erledigt durch mod. Übernahme WP-05-1281	"
WP-05-1284	KV Heinsberg	Ersetze „Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen“ durch „Ein säkulares Nordrhein-Westfalen für alle Menschen“	Erledigt durch modÜ WP-05-1284-2	
WP-05-1284-2	LAG Säkulare Grüne	ersetze „Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen“ durch "Muslim*Innen gehören zu Nordrhein-Westfalen wie andere	modÜ	„Der Islam gehört zu NRW wie andere Religionen und Weltanschauungen auch.“

		Menschen auch“		
WP-05-1285	LAG Säkulare Grüne	<p>ersetze „Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen. In Nordrhein-Westfalen wird auf der Grundlage von Verfassungs- und Landesrecht bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht angeboten. Deshalb gewährleisten wir die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrkräfte an deutschen Universitäten und Ausbildung des Lehrpersonals, die nach in NRW zugelassen Lehrplänen unterrichten. Neben einem weiteren Lehrstuhl in Islamischer Theologie sollte auch ein Lehrstuhl in Alevitischer Theologie eingerichtet werden“ durch „Die Menschen muslimischen Glaubens mit ihren verschiedenen und vielfältigen Glaubensverständnissen gehören wie alle anderen Menschen mit Glaubensüberzeugungen zu Nordrhein-Westfalen, ebenso wie die vielen Menschen ohne Glauben. Wir lehnen es ab, Menschen auf das Merkmal der Religion in der Wahrnehmung zu reduzieren. Wir bezweifeln, dass ausgerechnet ein auf Unterscheidung angelegtes Merkmal der Integration dient. Das Recht der Schüler*Innen, auch religionswissenschaftlich informiert zu werden, kann durch dezidiert bekenntnisorientierte religiöse Unterweisung, welche Schüler*Innen trennt, und Bektntnisinhalte als 'Wahrheiten' vermittelt, gerade nicht geleistet werden. Deshalb werden wir einen integrativen Unterricht zu Wertefragen schon ab der ersten Klasse einrichten. Die Verbände erfüllen nicht die Voraussetzungen, als Religionsgemeinschaften anerkannt zu werden. Zudem vertreten diese nur eine Minderheit der Muslime in NRW. Daher ist das Beiratsmodell für Islamunterricht abzuschaffen. Die Verletzungen der Hochschulautonomie durch den Einfluss von Religionsgemeinschaften auf die Theologie sind generell zu beseitigen.“</p>	Erledigt durch mod. Übernahme WP-05-1285-2	
WP-05-1285-2	KV Heinsberg	Ersetze „1. ...“ bis „von Schüler*innen richtet, sei sie politisch oder religiös.“ durch	Modifizierte Übernahme	Ersetze Zeilen 1285-1298 durch: „Das Land NRW muss für alle Menschen in unserem Land

		<p>“Nur ein säkulares NRW sichert für alle Menschen in unserem Land gleiche Rechte und Pflichten, daher wird in Nordrhein-Westfalen auf der Grundlage von Verfassungs- und Landesrecht bekenntnisorientierter Religionsunterricht, auch islamischer, angeboten.</p> <p>Deshalb gewährleisten wir die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrkräften an deutschen Universitäten und Ausbildung des Lehrpersonals, die nach in NRW zugelassenen Lehrplänen unterrichten. Neben einem weiteren Lehrstuhl in Islamischer Theologie sollte auch ein Lehrstuhl in Alevitischer Theologie eingerichtet werden.</p> <p>Wir GRÜNE begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung des Kopftuchverbots an Schulen, weil es eine Ungleichbehandlung der verschiedenen religiösen Bekleidungen darstellte und somit einseitig Musliminnen anprangerte und diskriminierte. Deshalb haben wir ein neues verfassungskonformes Schulgesetz gestaltet, das sich gegen jede Indoktrinierung von Schüler*innen richtet, sei sie politisch oder religiös.“</p>		<p>gleiche Rechte und Pflichten garantieren. Daher wird in Nordrhein-Westfalen auf der Grundlage von Verfassungs- und Landesrecht auch bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht (IRU) angeboten. Das Land gewährleistet die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrkräften an Universitäten und damit die Ausbildung des Lehrpersonals, die nach in NRW zugelassenen Lehrplänen unterrichten. Neben einem weiteren Lehrstuhl in Islamischer Theologie sollte auch ein Lehrstuhl in Alevitischer Theologie eingerichtet werden.</p> <p>Wir GRÜNE begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung des Kopftuchverbots an Schulen, weil es eine Ungleichbehandlung der verschiedenen religiösen Bekleidungen darstellte und somit einseitig Musliminnen anprangerte und diskriminierte. Darüber hinaus haben wir ein neues verfassungskonformes Schulgesetz gestaltet, das sich gegen jede Indoktrinierung von Schüler*innen richtet, sei sie politisch oder religiös.“</p>
WP-05-1292	LAG Grüne Muslim*innen	<p>Einfügen: “Wir wollen den Anerkennungsprozess einer oder mehrerer islamischer Religionsgemeinschaften fortsetzen, nicht zuletzt auch um den Islamischen Religionsunterricht auf Dauer abzusichern. Darüber hinaus wollen wir die islamische Seelsorge in staatlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten.“</p>	Erledigt durch mod. Übernahme WP-05-1258	
WP-05-1312	LAG Säkulare Grüne	<p>nach 1312 ff. „Durch Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (§ 9 AGG) und der arbeitsrechtlichen Antidiskriminierungsrichtlinie wollen wir die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf den Bereich der Verkündigung beschränken und damit den individuellen Rechten Geltung verschaffen“ einfügen „Die Nichtgeltung des Betriebsverfassungsgesetzes im kirchlichen Sektor (§118 BetriebsverGe) wollen wir</p>	Modifizierte Übernahme	<p>Füge ein nach Zeile 1315: „Für den Bereich des kollektiven Arbeitsrechts fordern wir die Überprüfung des Regelungsgehalts von § 112 Personalvertretungsgesetz und §118 Abs. 2 Betriebsverfassungsgesetz. Dazu soll das Land auf der Bundesebene initiativ werden.“</p>

		aufheben. Zu beiden Gesetzesänderungen soll das Land auf Bundesebene initiativ werden.“		
WP-05-1321	LAG Christ*innen	Ersetze Z. 1321-1323 (“Die Optionen...” bis “...hinausgeht“) durch: “Einige Regelungen für die kirchlichen Mitarbeitervertretungen gehen aber über die Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes sogar hinaus. Diese wollen wir erhalten.“	Übernahme	
WP-05-1327	LAG Säkulare Grüne	ersetze „Dabei spielt es keine Rolle, welche Bedeutung subjektiv der religiösen Sinnggebung den einzelnen Feiertage beigemessen wird.“ durch „Dabei spielt es weder bei den religiösen, noch bei den säkularen Feiertagen eine Rolle, welche Bedeutung subjektiv der Sinnggebung der einzelnen Feiertage beigemessen wird“	Übernahme	
WP-05-1334	LAG Säkulare Grüne	nach „[...] ausgeweitet“ einfügen „Der 9. Mai sollte Feiertag werden“	Erledigt durch Übernahme WP 05-1334-2	
WP-05-1334-2	Lukas Flohr u.a.	Ergänze nach „[...] ausgeweitet“: “Außerdem soll der 8. Mai zum Feier- und Gedenktag gemacht werden. An diesem sogenannten “Tag der Befreiung“ wollen wir den Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen gedenken und gleichzeitig die Werte der Freiheit und Demokratie hochhalten.“	Mod. Übernahme	Modifizierter Text: „Außerdem soll der 8. Mai zum Gedenk- und Feiertag gemacht werden. An diesem sogenannten “Tag der Befreiung“ wollen wir den Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen gedenken und gleichzeitig die Werte der Freiheit und Demokratie stärken.“
WP-05-1335	LAG Grüne Muslim*innen	“Es geht darum einen respektablen Ausgleich“ ersetzen durch: “Deshalb wollen wie arbeits- und schulfreie Tag für Angehörige religiöser Minderheiten an besonderen Feiertagen einführen. Auch ist ein respektabler Ausgleich zwischen...“	Modifizierte Übernahme	Ergänze nach Zeile 1339: „Außerdem wollen wir, dass für Angehörige religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben.“

WP-05-1339	KV Heinsberg	Einfügen nach „bestehende, generelle Verbote von Kultur- und Tanzveranstaltungen überwindet.“ „Wir GRÜNE wollen neben den Feiertagen mit religiöser oder nationalstaatlichem Hintergrund einen überstaatlichen und zivilgesellschaftlichen „Europa-Tag“ (9. Mai) als gesetzlichen Feiertag einführen.“	Erledigt durch Übernahme WP-05-1334-2	
WP-05-1341	LAG Säkulare Grüne	ersetze „Wir GRÜNE wollen den Verfassungsauftrag zur Ablösung der altrechtlichen Staatsleistungen an die großen christlichen Kirchen umsetzen. Als laufende Entschädigungszahlung für die Säkularisierung kirchlichen Eigentums Anfang des 19. Jahrhunderts stellen sie eine dauerhafte Verflechtung staatlicher und kirchlicher Finanzen dar. Diesen Weg zur Ablösung der Staatsleistung wollen wir im Dialog mit den Kirchen vorbereiten.“ durch „Wir Grüne wollen den seit 1919 nicht umgesetzten Verfassungsauftrag – zur Ablösung der altrechtlichen Staatsleistungen an die großen christlichen Kirchen – endlich verwirklichen. Mit den seitdem geleisteten Zahlungen in Höhe von rund 1 Milliarde Euro (Quelle: staatsleistungen.de) erachten wir etwaige Ablösungsansprüche für längst übererfüllt. Staatsleistungen stellen eine dauerhafte Verflechtung staatlicher und kirchlicher Finanzen dar. Zu deren Beendigung ist zunächst die staatliche Seite gefragt, als Auftakt für einen transparenten Prozess Vorschläge zu entwickeln und bundesgesetzlich die Grundsätze hierfür aufzustellen. Unabhängig von der bundesgesetzlichen Regelung wollen wir durch landesrechtliche Lösungen die Ablösung der Staatsleistungen weiter vorantreiben, wie uns das bei der Auflösung der Schul- und Studienfonds schon gelungen ist.“	Modifizierte Übernahme	Ersetze Zeilen 1341-1351 durch: „Wir GRÜNE wollen den seit 1919 nicht umgesetzten Verfassungsauftrag zur Ablösung der altrechtlichen Staatsleistungen an die großen christlichen Kirchen umsetzen. Als laufende Entschädigungszahlung für die Säkularisierung kirchlichen Eigentums Anfang des 19. Jahrhunderts stellen sie eine dauerhafte Verflechtung staatlicher und kirchlicher Finanzen dar. Den Weg zur Ablösung der Staatsleistung wollen wir im Dialog mit den Kirchen vorbereiten. Hierzu ist zunächst die staatliche Seite gefragt, als Auftakt für einen transparenten Prozess Vorschläge zu entwickeln und bundesgesetzlich die Grundsätze hierfür aufzustellen. Unabhängig von der bundesgesetzlichen Regelung wollen wir mit den Kirchen Verhandlungen aufnehmen und durch landesrechtliche Lösungen die Ablösung der Staatsleistungen weiter vorantreiben, wie uns das bei der Auflösung der Schul- und Studienfonds schon gelungen ist.“
WP-05-1358	LAG Grüne Muslim*innen	Ergänzen: “Fortführung des Anerkennungsprozess islamischer Religionsgemeinschaften“	zurückgezogen	
WP-05-alle	Lena Volmar und Antje Westhues	ersetze im gesamten Programm LSBTTI durch: “Queere Menschen“	Wird redaktionell berücksichtigt	Redaktioneller Hinweis: LSBTTI* muss erklärt werden (da, wo es zum ersten Mal auftaucht) und richtig geschrieben werden (mit Sternchen).

WP-03-473	KV Hagen	<p>WP-03 Zeilen 473-474 ersetzen durch: Die von uns erreichte Erleichterung der Umwandlung staatlicher Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen, löst die durch dieses weiter bestehende Relikt bedingten Diskriminierungen noch nicht. Daher streben wir langfristig die Abschaffung staatlicher Konfessionsschulen an. Solange diese jedoch bestehen, ist besser als bisher sicherzustellen, dass die Grundrechte eingehalten werden.</p>	<p>Erledigt durch Modifizierte Übernahme von WP 05- 1245-2</p>	
-----------	----------	--	--	--

WP-03-631	LAG Säkulare Grüne	<p>füge ein: "Wir wollen Schulen verpflichten, über das Recht auf Abmeldung vom Religionsunterricht aufzuklären. Religionsunterricht richtet sich nur an bekenntnisangehörige Schüler*innen, konfessionsfremde Schüler*innen brauchen sich nicht mal abzumelden, um nicht teilzunehmen. Eine Begründung ist in keinem Fall erforderlich."</p>	<p>Modifizierte Übernahme</p>	<p>Füge ein hinter mod. Ü WP-05-1245-2 vor den vorletzten Satz: „Es ist verstärkt darauf zu achten, dass Schulen über die Freiwilligkeit der Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht informieren.“</p>
-----------	--------------------	--	--	--